

# LOCOMOTIVE.

Zeitung für politische Bildung des Volkes.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Monatspreis: hier incl. Botenlohn 7½ Sgr.

Redacteur: **Held.**

Bei allen Postämtern und Buchhandlungen vierteljährlich 22½ Sgr. franco.

Insertionsgebühr: 1½ Sgr. pro Petitzeile.

Berlin

von der Revolution bis zur Verfassung.

IV.

Vor dem Ausbruche der Bewegung am 13. März zeigte sich die Krone noch völlig unberührt von den revolutionären Schwingungen, welche durch die Pariser Ereignisse in Deutschland und auch in Preußen erzeugt worden waren. Und wenn sie auch von der Besorgniß beschlichen wurde, daß die liberalsten ihrer Provinzen, Schlesien, Ostpreußen und die Rheinlande, sich ohne alle Concessionen nicht halten lassen würden, so glaubte sie doch einem wirklichen Aufstande in diesen Provinzen dadurch vorbeugen zu können, daß sie den Hauptwunsch der Opposition des vereinigten Landtages, nämlich die Periodicität dieses ständischen Körpers, gewähre. — Solche Gewährung sprach die Krone aus am 5. März bei Schließung des ständischen Ausschusses. Aber damit es durchaus nicht scheine, als sei ihr die Gewährung der Periodicität durch die Ereignisse abgezwungen worden; damit sie durch diese dem Volkswillen gemachte Concession nicht in den Verdacht komme, als wolle sie von ihrer absoluten Macht dem Volke nur ein Haar breit einräumen; damit also die Ehre der absoluten Krone auch durch diese unbedeutende Bewilligung nicht behaucht werde: zu diesem Zwecke versicherte sie wiederholt und dringend, daß die Gewährung jetzt nicht etwa einträte, weil die Krone von der Nichtgewährung etwas fürchte, sondern einzig und allein, weil es schon längst ihr Wunsch gewesen sei, die Periodicität des vereinigten Landtages auszusprechen. Die dahin einschlagende Stelle der Abschiedsrede ist zu charakteristisch, als daß wir sie uns nicht ins Gedächtniß zurückrufen sollten. Sie lautet:

„Die Periodicität ständischer Centralversammlungen hatte Ich von Anfang an als nothwendig für Mein ständisches Gebäude anerkannt und sie den Vereinigten Ausschüssen gegeben. Nachdem aber beide Kurien des Vereinigten Landtages die fast einstimmige Bitte an Mich gerichtet hatten, die Periodicität auf den Vereinigten Landtag selbst zu übertragen, so war es längst Mein Entschluß — Mehrere von Ihnen wissen das aus Meinem Munde — diesen Wunsch durch die That zu erfüllen.“

Wir können hier nicht untersuchen, ob es mit jedem dieser Worte seine vollkommene Richtigkeit hatte, d. h. ob die Krone wirklich schon längst den Willen besaß, die Periodicität zu gewähren, und ob sie es jetzt wirklich bloß deshalb that, weil ihr die Zeit dazu — ohne alle Rücksicht auf die Bewegung des Volkes — gekommen schien; — wir können dies hier nicht untersuchen, weil wir sonst genöthigt wären, auf die Verhandlungen des Vereinigten Landtags zurück zu gehen, und die Gründe zu erforschen, welche die Regierung damals — wenige Monate zuvor! — bestimmt hatten, sich dem Verlangen nach der Periodicität zu widersetzen. Wir können diese Frage um so eher ununtersucht lassen, weil es hier gar nicht darauf ankommt, zu beurtheilen, ob die Krone wahr, sondern nur darauf, zu entscheiden, ob sie politisch handelte. Dies that sie nun zwar, indem sie sich durch diese Wendung den Begriff ihrer absoluten Macht erhielt: allein da sie denn doch erkennen mußte, daß man ihrer Versicherung — auch wenn sie wahr wie die Wahrheit selbst gewesen wäre — unter den damaligen Zeitverhältnissen nicht glauben würde; und da sie erkennen konnte, daß mit dieser geringen Concession ein in Spannung versetztes Volk angeführt einer vertriebenen Königsfamilie und einer begeisterten Republik nicht wohl zu befriedigen war: so handelte sie unpolitisch darin, daß sie die Concession überhaupt machte.

Wollte die Krone sich stark und ihre absolute Gewalt in einem glänzenden Lichte zeigen: so mußte sie die Periodicität grade damals entschieden verweigern, um so mehr, da sie es ohne alle Gefahr thun konnte. Denn waren die Pariser Ereignisse nicht mächtig genug, das preussische Volk zum Aufstande zu bringen, so kam es wegen der verweigerten Periodicität allein gewiß nicht zum Aufstande, weil diese Periodicität das Volk sehr wenig kümmerte. Waren dagegen die Pariser Ereignisse mächtig genug, das Volk überhaupt zum Aufstande zu bringen, so kam es auch zum Aufstande trotz der gewährten Periodicität, eben weil diese Periodicität das Volk so wenig kümmerte, und es also größere Concessionen verlangte.

Die Krone hatte also durch Gewährung der Periodicität zwar noch nicht ihre absolute Gewalt



angetastet; allein sie hatte doch ihre Schwäche verrathen, und hatte Furcht gezeigt davor, daß das Volk sie antasten könnte. Diese Furcht hörte man ganz deutlich aus den nachfolgenden Worten der angeführten Abschiedsrede, besonders wenn man diese Worte mit denjenigen vergleicht, welche von der Krone bei der Eröffnung des Vereinigten Landtags ausgegangen waren, welche sich durch Entschiedenheit, Festigkeit und Kühnheit so sehr ausgezeichnet hatten, und welche den Forderungen des Volkes so imponirend entgegen getreten waren. Jene Worte der Abschiedsrede lauteten:

„Ja, meine Herren, gehen Sie mit Gott in Ihre Provinzen und Städte als Boten des Friedens, der Einigkeit und Kraft! Die Vorsehung hat Ereignisse eintreten lassen, welche die gesellschaftliche Ordnung in ihren Grundvesten zu erschüttern drohen. Deutsche Herzen, preussische Männer, Männer der Vaterlandsliebe und der Ehre wissen, welche eigenthümliche, heilige Pflicht solche Zustände bedingen. Kein Volk auf Erden hat unter ähnlichen Verhältnissen jemals ein erhabenderes Beispiel gegeben als das Unsrige. . . . Was jeder klare Verstand begreift, was jedes edle Herz fühlt, das sprechen Sie, meine Herren, in Ihrer Heimath aus! Rufen einem Jeden die unwidersprechliche Wahrheit zu: Lasset alle Parteien ruhen, sehet nur auf das Eine, was noth thut, wenn wir mit Ehren und Segen aus dem Sturme hervortreten wollen, den unsre Einmüthigkeit, unsere Haltung, unser Beispiel unter Gottes gnädigem Beistande allerdings beschwichtigen kann.“

Obgleich die Besorgniß in diesen Worten der Krone nur der Möglichkeit eines Krieges mit Frankreich gelten sollte: so lag doch ganz deutlich die Furcht darin, daß dieser Krieg ein Land treffen würde, in welchem zwischen König und Volk die Flamme der Zwietracht ausgebrochen sei; — Denn in einem andern brauchten ja Preußen und Deutschland den Krieg mit Frankreich nicht zu scheuen. —

Die Krone hatte also ihre Schwäche verrathen und Furcht gezeigt. Das war ihr erster politischer Fehler; und das Volk fing allmählig an, diesen Fehler in seinem Interesse zu benutzen. Es begann, seine Forderungen ein wenig höher zu spannen, ohne daß dieselben indeß das Maas der bundesactlichen Verheißungen und der Zusicherungen vom 22. Mai 1815 überstiegen; eine reichsständische Verfassung mit Bewilligungsrecht für Gesetze und Steuern, Pressfreiheit und Oeffentlichkeit der Rechtspflege, — höher verstiegen sich die Wünsche des Volkes noch nicht, wenn diese Wünsche auch schon hier und da den Charakter von Forderungen annahmen, und wenn auch schon von einigen Seiten die in Baden aufgetauchte Idee einer Volksvertretung beim deutschen Bunde geltend gemacht wurde.

In der Politik ist oft die Fortsetzung eines Fehlers die Verbesserung desselben. Da die Krone einmal den Fehler begangen hatte, inmitten der kritischen Zeit eine Concession zu machen und dadurch ihre Schwäche zu verrathen: so

hätte sie auch in diesen Concessionen so weit fortfahren müssen, bis sie wieder festen Boden unter ihrem Fuße fühlte. Diesen festen Boden hätte sie durch schleunige Bewilligung der obigen Forderungen gewonnen, denn sie hätte dadurch den größten und einflussreichsten Theil des Volkes aus dem feindlichen Lager auf ihre Seite herüber gezogen, und die Berliner Revolution wäre eine Unmöglichkeit geworden. Auch hätte die Krone jene Bewilligung aussprechen können, ohne ihre Ehre im Geringsten zu gefährden, da sie nach der Publication des Bundestagsbeschlusses vom 1. März ganz gut sagen konnte: die bundestäglichen Schranken sind gefallen; jetzt kann ich Meinem Volke das geben, was Ich ihm schon längst geben wollte, und wovon Ich bis jetzt nur durch die Beschlüsse des Bundestags gehindert war. —

Es ist nicht anzunehmen, daß die Krone diesen Weg zu ihrem Heile übersehen haben sollte. Wir müssen vielmehr aus der schweigenden Entschiedenheit, mit welcher sie ihn links liegen ließ, schließen, daß sie ihn deshalb nicht einschlug, weil er durch die reichsständische Verfassung eine Beeinträchtigung der absoluten Königsgewalt, eine Theilung der Herrschaft zwischen Fürst und Volk, in sich faßte, und die Krone entschlossen war, die absolute Königsgewalt unter allen Umständen nicht fahren zu lassen. — Dieser Entschluß war ein löblicher, weil er ein festes, entschiedenes und wohlthätiges Princip zur Unterlage hatte, nämlich das Princip der ungetheilten Staatsgewalt. Allein eben weil jener Entschluß ein löblicher war, darum hätte ihn die Krone auch unter allen Umständen festhalten und erforderlichenfalls bis zur gänzlichen Vernichtung des Thrones vertheidigen müssen. Indem sie dies — wie wir später sehen werden — nicht that, beging sie eine Inconsequenz und in derselben einen neuen Fehler.

Die Krone setzte also den Forderungen des Volkes ein stillschweigendes Nein entgegen, indem sie die dahin einschlagenden Adressen nicht einmal durch Deputationen entgegennehmen wollte, sondern sie auf den Petitions- und Postweg verwies. Dem Verlangen nach Pressfreiheit, welchem sie in gewissen Grenzen nachgeben wollte, weil die Pressfreiheit an sich die absolute Königsgewalt nicht beeinträchtigt, wollte die Krone später nach eigenem Ermessen willfahren, wenn sie erst ihren Wunsch auf den Erlaß eines allgemeinen deutschen Pressgesetzes realisiren könnte.

So stand das Verhältniß zwischen der Krone und dem Volke, als die Stimme des Letztern, welche in den Adressen ungehört verhallte, anfing, sich in den Tönen von Volksversammlungen Luft zu machen, an denen sich vorzugsweise die arbeitenden Klassen betheiligten, weil sie am meisten von einer Veränderung der Staatslage eine Verbesserung ihres gedrückten Zustandes erhofften. — Der tumultuarische Charakter, welchen diese in den Thiergartenzelten abgehaltenen Volksversammlungen natürlicherweise annahmen, reizte die executive Gewalt zum Einschreiten; der Anstoß erzeugte den Wi-



berstand; der thätliche Konflikt zwischen der Krone und dem Volke kam am 13. März zum Ausbruche; die Revolution nahm ihren Anfang.

### Revolutionaire Keime.

Die Times läßt sich von ihrem Berichterstat- ter aus Berlin erzählen, daß der günstige Eindruck, den die octroyirte Verfassung hervorgebracht habe, durch die Prüfung der einzelnen Artikel nicht ge- schwunden sei. Ich behaupte sogar, daß er bei ei- nem großen Theile der Bevölkerung gestiegen ist, nämlich bei dem demokratischen. Durch die Prü- fung hat man erst erkannt, wie illusorisch die in der Verfassung enthaltenen Zugeständnisse sind, wäh- rend sie beim ersten Anblick nach etwas aussehn. In dieser Verfassung liegen die Revolutions-Mate- rialien zu Tage, und trotz aller strengen Maßre- geln kann sich die Regierung darauf verlassen, daß die sogenannte Wählerpartei sie bald völlig an das Licht wählen wird. — Es meinen zwar Viele, mit dieser Verfassung sei nun Alles gut und die Revo- lution beendet; doch sie irren sehr; die Regierung hat damit der Revolution die allerbreiteste Grundlage gegeben; wer die Geschichte kennt, wird mir darin beistimmen, wenn ich behaupte, daß die Revolution jetzt in ihr zweites Stadium tritt. Eine klare, deutliche, ehrliche Verfassung, vollstän- dige Amnestie und Aufhebung aller Zwangs- und Gewaltmaßregeln würde ihren Fortgang vielleicht auf längere Zeit gehemmt haben und Preußen in die Louis Philipp-Periode getreten sein. Wir fan- gen aber gleich mit dem Ende dieser Periode an. Louis Philipp wußte die Verfassung dadurch zu sei-

nem Zwecke auszubenten, daß er gegen das Ende seiner Regierung durch künstliche Manöver die Ma- jorität der Kammern auf seine Seite brachte; die Maßregeln unserer Regierung begannen aber schon, ehe die Verfassung noch bekannt gemacht war, denn die Unterdrückung der Presse, die Erklärung in Be- lagerungszustand, die Ausweisungen u. s. w. haben keinen andern Erfolg als den, daß für die Regie- rung ohnehin so vortheilhafte Wahlgesetz zu unter- stützen, und Wahlen im Sinne der Regierung zu Stande zu bringen. Allein eine streng royalistische Kammer schadet — wie die französische bewiesen hat — dem Königthume mehr als eine demokrati- sche. Die Krone kämpft um ihre Existenz; das Volk um seine Freiheit. Durch ihre halben Maßregeln hat die Krone aber die erstere durchaus nicht ge- sichert, sondern ihre Lage ist weit gefährlicher als jemals. Wir sehen aus der Geschichte, daß die al- lers strengsten Maßregeln, daß die größte Militair- macht auf die Dauer ein Volk nicht im Zaum halten können, daß immer einmal wieder ein Zeit- punkt kommt, wo dasselbe die Oberhand erhält. Am 19. März war das Volk leicht zu befriedigen, denn es war noch gläubig; allein seit dem 19. März ist es in seiner politischen Bildung schon bedeutend vor- geschritten, und — vertraut nicht mehr. Möge sich die Regierung durch die Ergebenheits-Adressen nicht täuschen lassen; die Leute, welche solche Adressen un- terschreiben, sind meistens nicht so für das König- thum begeistert, daß sie bereit sind, dafür Gut und Blut zu opfern, wenn es gilt; sie fügen sich jeder Autorität, welche augenblicklich die Macht hat, sich als eine solche zu behaupten. Nur durch ehrliche, offene Demokratie, oder — durch ehrliche, offene Despotie vermag sich die Krone zu erhalten; durch halbe Maßregeln gräbt sie sich selbst das Grab. —

## TENDER.

\* Der Staatsbankrott wird wohl nächstens in Oestreich hereinbrechen, denn die Behörden wol- len schon nicht das Papiergeld für voll ansehen. Die Post verlangt Münze für die auswärtigen Zei- tungen.

\* In der Wiener Politik, heißt es in einem Blatt, hat sich Amor gemischt. Der junge Kaiser wird mit Heirathsanträgen überschüttet. —

\* Das Frankfurter Journal, welches stets den Mantel nach dem Winde dreht, schwärmt jetzt für Preußen. Es will durchaus den König von Preußen an die Spitze Deutschlands stellen und ver- langt, daß derselbe sich nicht an die ehrgeizigen gekrönten Querellenmacher im Süden lehren, sondern sie mit Gewalt zum Schweigen bringen möge. Mit dem Letztern sind wir vollkommen ein- verstanden; denn anders wird's doch nichts mit der Einheit Deutschlands. Aber das bloße: An die Spitze-Stellen genügt nicht. Ganz Deutschland

muß ein Reich werden. Ob's alsdann Deutschland oder Preußen heißt, kann uns verdammt gleichgül- tig sein.

\* Es wird immer wahrscheinlicher, daß der Reichsverweser abdankt. Es heißt, daß der junge Kaiser die Rathschläge seines Oheims nicht entbeh- ren könne! — O und O gleich O. —

\* Die Kreuzzeitung erhebt ein entsetzliches La- mento über die Art und Weise, wie die demokra- tische Partei die Unterschriften zu ihren Adressen er- zielt; aber über die Manöver der Gegenpartei sagt sie natürlich kein Wort des Tadel's! Heute morgen wurde mir eine hündisch schwanzwedelnde Adresse zur Unterschrift ins Haus gebracht. Dies geschah natürlich irrthümlich.

\* Die Actien Preußens steigen in Frankfurt ungeheuer. Jetzt will man nicht den Prinzen Carl zum Reichsverweser, sondern den König zum deut- schen Kaiser machen. Die Residenz des neuen Kai-



lers soll in Erfurt sein. Ich glaube schwerlich, daß wir auf diese Weise zu einem einigen Deutschland kommen, höchstens zu einem entzweiten, das heißt einem in zwei Theile getheilten: norddeutsches und süddeutsches Kaiserthum, wovon das eine Preußen, das andere Oestreich heißt. — Das also war des Bundes Kern? —

\*\*\* Die Preussische Kreuz-Schock-Schwerenoth-Zeitung freut sich, daß alle Welt über die „verfluchten Juden“ schimpft, und hofft, daß unter dem Volke eine „furchtbare“ Reaction gegen die Judenemancipations-Gesetze eintreten wird. Verehrte Schwarzweiße, freuen Sie sich nicht zu früh; feige ist leider das Volk, aber so dumm, wie Sie denken, ist es denn doch nicht. Ich will Ihnen erklären, weshalb das Volk und selbst wir über die „verfluchten Juden“ uns ärgern. Wir ärgern uns durchaus nicht im Allgemeinen über die Juden, sondern, wie's ja schon im Ausdruck liegt, über die „verfluchten“ Juden, also über diejenigen, welche wir zu verfluchen Ursache haben. Das sind diejenigen Juden unter den Berliner Demokraten, welche durch ihre großmäuligen Redensarten das Volk übertölpelten, welche es aufregten und nachher schmähsch im Stiche ließen; welche aus persönlichem Ehrgeiz, Eitelkeit, Neid und dergleichen alle Maßregeln zur Wahrung der Volksehre und der Volksfreiheit zu Schanden machten und welche jetzt die Denuncianten spielen; kurz die schlechten Kerle unter den Juden. Allein wir sind weit entfernt gegen die Juden als Juden aufzutreten. Was geht es uns an, was ein Mensch glaubt oder anbetet. Fügt er sich den Gesetzen des Staates, so muß er dieselben staatsbürgerlichen Rechte haben, wie der ochsendummste Amlutheraner aus dem patriotischen Verein, und wenn Sie Frau Schwarz-Weiß auch alles Mögliche aufbieten, um das Volk zu verdummen, so werden Sie doch schwerlich im Stande sein, die Lehren der Toleranz auszurotten, welche das Volk während der kurzen Freiheit eingesogen hat. Wir können verständigern, daß der jüdische Typus uns gar nicht gefällt; allein der Typus Ihrer Zeitung gefällt uns auch nicht und es fällt uns doch nicht ein zu wünschen, daß die Pressfreiheit mit besonderer Rücksicht auf Sie eingeschränkt werden möchte.

\*\*\* Die obengenannte Zeitung erzählt, daß die Inhaber der Weihnachtsbuden sehr zufrieden und für die guten Geschäfte, welche sie dem Belagerungszustande zuschreiben, so dankbar sind, daß sie dem General Wrangel einen großen Weihnachtsbaum im Schloßhose anzünden wollen. — Die Herren Krämer sollen sich nur in Acht nehmen, daß ihnen bei dieser Gelegenheit der General nicht in's Gesicht

spuckt, denn die Jämmerlichkeit des Volkes muß ihm schon längst Uebelkeiten zugezogen haben.

\*\*\* Die im Augsburg'schen Hof in Frankfurt a. M. zusammenkommende Fraction der National-Versammlung entschied sich mit acht gegen eine Stimme für — die Erblichkeit des zukünftigen Kaisers. Also hat der jetzige Prinz von Preußen die beste Aussicht nicht nur König von Preußen, sondern sogar deutscher Kaiser zu werden, womit „meine Idee“, die man so vielfach angefeindet hat, im fürstlichen Interesse zur Wahrheit wird. Daß sie nicht auch zugleich im Interesse des Volkes zur Wahrheit werden konnte: daran sind bloß die großmäuligen demokratischen Stimmführer Schuld, die da immer thaten, als würden sie sich für die Republik todt-schlagen lassen und jetzt froh sein müssen, daß sie den vereinigten Landtag überwunden haben. —

\*\*\* Der Präsident v. Minutoli, den man so lange auf fränkender Weise bei Seite gesetzt hat, ist vorgestern in Potsdam zur königlichen Tafel gezogen worden. Es ist demnach Hoffnung vorhanden, daß dieser treffliche Mann wieder eine amtliche Stellung erhält und es wäre sehr zu wünschen, daß er in Berlin bliebe.

\*\*\* Die Verwaltungsgeschäfte der Polizei sollen von der Polizei im engern Sinn getrennt werden und die Intendantur der executiven Polizei soll unter der obern Leitung des Polizeiraths — Dunkler stehen! Lieber immerwährender Belagerungszustand als Dunkler! Was hilft uns die neue Verfassung, wenn wir Dunkler haben!

## INSERAT.

Louis Druckers Weihnachtsspende pro 1848, allen gesinnungsvollen Mitmenschen unentgeltlich gewidmet:

- 1) Ein Schmetterling, Präsent der Tante Voss an Onkel Spener;
- 2) Ein Kagenjammer, jedoch erst nach beendeter Magistrats-Sitzung dem Publico zugänglich;
- 3) Ein Theelöffel voll unverdaulichen Mäusebäcker;
- 4) Ein Constabler-Abortus, Litt. TZ., No. abhanden gekommen;
- 5) Das Jahr 1848, eine Nebel-Gegend, im Hintergrunde einige Baumstarke-Pieper;
- 6) Die Hälfte des Schnauzbartes eines Seekadetten der deutschen Flotte;
- 7) Die Kriegserklärung des Just.-Com. Ahlemann in Samter an Berlin.

Täglich bei großem Concert.

Freundschaftlicher Gruß

Louis Drucker,

Bergnügte Weinhandlung, Südenstr. 2.

Abonnements-Bestellungen für Berlin bitten wir der Verlags-Handlung frankirt zuzusenden und das dafür zu zahlende Porto vom Pränumerations-Betrage zu kürzen. Die Locomotive erscheint täglich Vormittags und wird den resp. Abonnenten im Laufe des Tages zugestellt.